



# Wirtschaft Aktuell

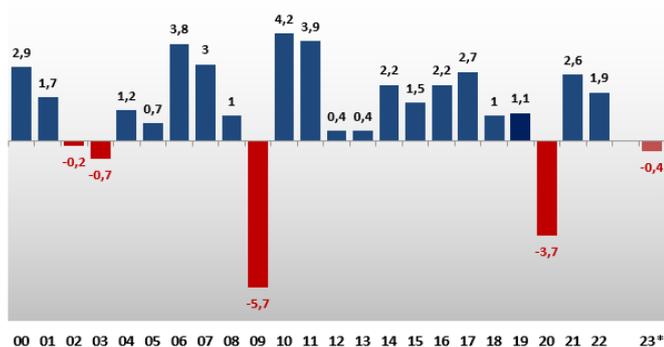
## Gute Bilanz 2022 – Optimismus bei hohen Risiken

Das Jahr 2022 fiel mit einem Wachstum von plus 1,9 Prozent besser aus als allgemein erwartet. Vor allem Dienstleistungen konnten wegen der Aufhebung der Corona-Beschränkungen kräftig zulegen. Trotz Realeinkommensverlusten konnte durch eine geringere Ersparnis ein starker privater Konsum finanziert werden. Durch die relativ hohen Importe dämpfte der Außenbeitrag das Wachstum. Auch die Prognosen für 2023 wurden nach oben korrigiert. Statt einer Rezession ist sogar ein leichtes Plus möglich. Eine Gasmangellage ist in diesem Winter extrem unwahrscheinlich geworden. Die Entspannung an den Energiemärkten und die Entlastungsmaßnahmen dämpfen die Inflationserwartung. Dennoch bleiben die Energiesicherheit und die fragilen Lieferketten Risikofaktoren.

Es war kein einfaches Jahr. Nachdem die Folgen der Corona-Pandemie weitgehend bewältigt waren, sah Anfang 2022 alles nach einem kräftigen Wirtschaftsaufschwung aus. Dann kam der russische Angriff auf die Ukraine und die gegen Russland verhängten Sanktionen. Energie, Rohstoffe und Vorleistungen wurden knapp und teuer. **Die deutsche Ökonomie hat diese Belastungen erheblich besser verkraftet als befürchtet. Der große Absturz ist bisher ausgeblieben.** Noch im September wurde im Herbstgutachten der Forschungsinstitute für 2022 ein Wachstum von 1,4 Prozent erwartet. Doch die tatsächliche Entwicklung war deutlich besser. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nahm die Wertschöpfung um real (preisbereinigt) um 1,9 Prozent zu.

### Wirtschaftswachstum in Deutschland

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent



\*Prognose Herbstgutachten 2022  
Quelle: Statistisches Bundesamt

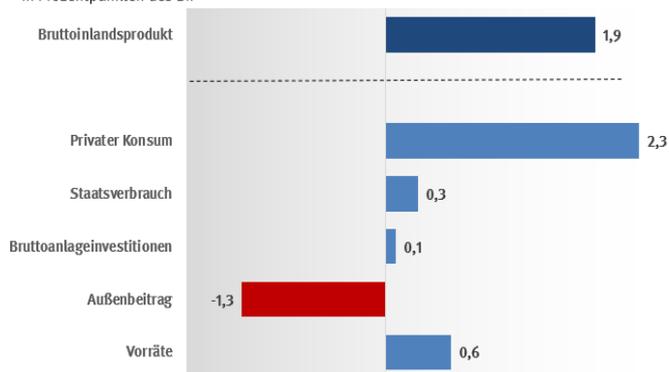
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Getragen wurde das Wachstum vom Dienstleistungssektor. Vor allem der Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe profitierte vom Wegfall der Corona-Beschränkungen und legte um 4,0 Prozent zu. Das Verarbeitende Gewerbe litt dagegen unter fehlendem Material und konnte seine Wertschöpfung mit 0,2 Prozent nur minimal steigern. Hohe Preissteigerungsraten bei Baumaterialien und steigende Zinsen vermässelten die Baukonjunktur: Das Baugewerbe schrumpfte um 2,3 Prozent.

Die Verbraucherpreise insgesamt nahmen über das Jahr um 7,9 Prozent zu. Die Inflationsrate war höher als zu Anfang der 70er Jahre zum Zeitpunkt des ersten Ölpreisschocks. Damals betrug der Kaufkraftverlust ‚nur‘ 7,1 Prozent. Die Preise für Energieprodukte stiegen im vergangenen Jahr um knapp 35 Prozent und auch die Nahrungsmittel legten mit 13,4 Prozent kräftiger zu als die Verbraucherpreise insgesamt. Da sowohl die Masseneinkommen (plus 4,2 Prozent) als auch die Nettolöhne und Gehälter (plus 5,7 Prozent) geringer anstiegen, kam es zu realen Einkommensverlusten. **Trotzdem war der private Konsum mit 2,3 Prozentpunkten der mit Abstand wichtigste Wachstumsfaktor im letzten Jahr.** Möglich wurde das durch die verringerte Ersparnisbildung. 2021 lag die Sparquote (Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen) noch bei 15,1 Prozent. 2022 ist sie auf 11,2 Prozent zurück gegangen und hatte fast wieder Vorkrisenniveau (2019 lag sie bei 10,8 Prozent).

### Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des BIP 2022

in Prozentpunkten des BIP



Quelle: Statistisches Bundesamt, vorläufiges Jahresergebnis, Januar 2023

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Trotz diverser Entlastungspakete der Bundesregierung zur Minderung der Inflationsfolgen trug der Staatskonsum nur mit 0,3 Prozentpunkten zum Wachstum bei. Die Bruttoanlageinvestitionen (plus 0,1 Prozentpunkte) waren von unterschiedlichen Entwicklungen geprägt. Die schlechte Baukonjunktur

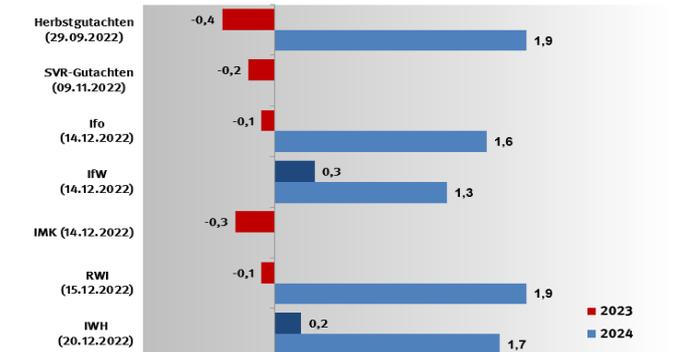


führte zu einem negativen Wachstumsbeitrag der Bauinvestitionen und die verstärkten Rüstungsaufträge zu einem positiven Beitrag der Ausrüstungsinvestitionen.

**Klar negativ war der Außenbeitrag, der einen Minderungseffekt auf das Wachstum von minus 1,3 Prozentpunkten hatte.** Dass der negative Effekt aus dem Außenhandel nicht noch stärker ausfiel lag an der Preisbereinigung der Zahlen. Unbereinigt legten die Importe um 25 Prozent zu, während die Exporte um 15,6 Prozent anstiegen. Darin drückt sich der starke Anstieg der Importpreise aus. **Das Verhältnis von Export- zu Importpreisen (‘Terms of Trade’) für Deutschland hat sich massiv verschlechtert. Es kostet viel Wohlstand, die Importe zu finanzieren.**

Die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute haben zum Jahresende 2022 ihre Prognosen etwas nach oben korrigiert. Mit der Entscheidung, die geplante Gasumlage nicht wie beabsichtigt zum Oktober 2022 einzuführen und den Beschlüssen des Bundestags zu den Strom- und Gaspreisbremsen am 15. Dezember hat sich der Ausblick auf die Jahre 2023 und 2024 deutlich verändert. Durch die Energiepreisbremsen wird der Kaufkraftverlust der privaten Haushalte geringer ausfallen. Somit erwartet etwa das ifo Institut nun für 2023 einen kaum spürbaren Rückgang der Wirtschaftsleistung um minus 0,1 Prozent, während das Herbstgutachten noch ein **Minus von 0,4 Prozent** für realistisch hielt. Die privaten Konsumausgaben werden nach den Berechnungen des ifo Instituts nicht um knapp minus 1,9 Prozent, sondern nur um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr sinken. Auch die Ausrüstungsinvestitionen und die Investitionen in sonstige Anlagen werden deutlich höher ausfallen. Das Institut für Weltwirtschaft und das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle erwarten sogar ein **leichtes Plus des BIP um 0,3 bzw. 0,2 Prozent.**

**Institutsprognosen für Deutschland 2023 und 2024**  
Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent **2022: + 1,9 Prozent\***



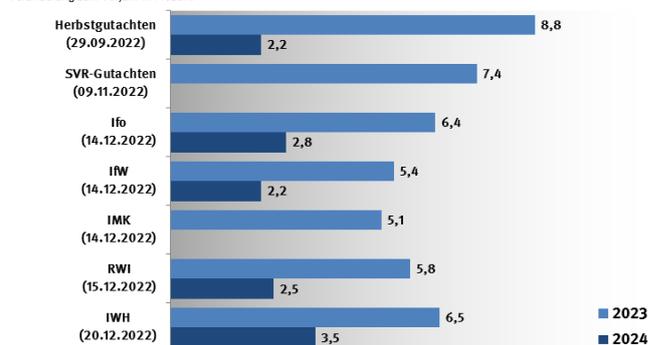
Quelle: Prognosen der Institute, \*Destatis Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

**Das Verarbeitende Gewerbe wird sich nach der ifo Prognose in den Jahren 2023 (plus 1,6 Prozent) und 2024 (plus 3,0 Prozent) weiter erholen und an Bruttowertschöpfung zulegen.** Zu den Branchen, die von einer Rezession bedroht sind, gehören die Energie- und Wasserversorger (2023: minus 3,8 Prozent), das Baugewerbe (minus 3,7 Prozent) sowie Handel, Verkehr und Gastgewerbe (minus 1,3 Prozent) und die Unternehmensdienstleister (minus 2,0 Prozent).

**Wie es in den nächsten Monaten weitergehen wird, hängt entscheidend von der Frage ab, ob es gelingt die Energieversorgung zu sichern und insbesondere eine Gasmangellage zu vermeiden.** Der milde Winter und die Einsparungen sorgten bisher für einen im Vergleich zu den Vorjahren unterdurchschnittlichen Verbrauch. Aktuell scheint die Gefahr einer Mangellage gebannt. Kritisch ist die Entwicklung der Energiepreise, die den größten Anteil an der Verbraucherpreisdynamik haben. Die Gaspreise an den Börsen haben sich seit September deutlich verringert, liegen aber noch über dem Vorkrisenniveau.

**Im Jahresdurchschnitt 2022 stiegen die Verbraucherpreise um beinahe acht Prozent. Die Verbraucherpreisprognosen für 2023 reichen bis zu plus 6,5 Prozent und liegen somit deutlich unter den 8,8 bzw. 7,4 Prozent des Herbstgutachtens und des Sachverständigenrats.** Im Jahr 2024 werden nur noch plus 2,2 bis 3,5 Prozent erwartet. Mit der Preisdynamik in den Jahren 2021, 2022 sowie den mittleren Prognosen für 2023 und 2024 wird das Preisniveau in diesem Zeitraum um etwa 21 Prozent gestiegen sein. Die effektiven Arbeitnehmerentgelte steigen langsamer. Im Jahr 2022 sanken die Entgelte preisbereinigt um 2,4 Prozent. Alle Institute erwarten auch für 2023 einen realen Entgeltverlust (minus 1,4 bis minus 3,9 Prozent). Erst 2024 könnte wieder ein reales Plus möglich sein (plus 1,2 bis plus 3,6 Prozent).

**Prognosen des Verbraucherpreisanstiegs 2023 und 2024**  
Veränderung zum Vorjahr in Prozent **2022: + 7,9 Prozent\***



Quelle: Prognosen der Institute, \*Destatis Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

**Aufgrund der Entspannung an den Energiemärkten, den Entlastungspaketen und Auflösung der Lieferengpässe hat sich der Geschäftsklimaindex zum Jahresende etwas aufgehellt.** Dennoch gefährden zahlreiche Risiken die weitere Entwicklung. So könnte im kommenden Herbst und Winter erneut die Energieversorgung knapp werden. **Lösungen brauchen Zeit:** Die Industrieländer versuchen mit einer aktiven Industriepolitik die Versorgung mit Energie- und Rohstoffen sowie kritischen Komponenten für Zukunftstechnologien zu stabilisieren und unabhängiger zu werden. Geopolitische Spannungen bestimmen die Handels- und Lieferbeziehungen, stellen die globale Arbeitsteilung in Frage und fragmentieren die globale Ökonomie. Ineffiziente Produktion, steigende Kosten, Preise und Wohlstandseinbußen sind die Folge.